



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesrat hat sich in seiner heutigen Sitzung unter anderem mit der Finanzierung des Deutschlandtickets sowie mit einer Länderinitiative zum Angriffskrieg gegen die Ukraine befasst. Darüber hinaus hat er dem Gesetz zur Ermöglichung hybrider und virtueller Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht zugestimmt. Das Gesetz knüpft an eine Sonderregelung für die Zeit der Covid-19-Pandemie an und schafft langfristig die Möglichkeit, Vereinsmitgliederversammlungen digital durchzuführen.

In der Landesvertretung in Berlin stand heute noch ein weiterer Termin auf der Tagesordnung – die offizielle Verabschiedung der Dienststellenleiterin. Nach fast zwei Jahrzehnten tritt Frau Dr. Droste in den Ruhestand. Das Haus in den Ministergärten Nr. 5 ist heute eine gute und angesehene Adresse in Berlin. Das ist ganz wesentlich der Verdienst von Frau Dr. Droste und dafür sage ich herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 3. März 2023



© Hessische Staatskanzlei | Noack

Landesinitiative

Entschließung des Bundesrates zum Jahrestag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

Der Bundesrat hat einstimmig eine Entschließung gefasst, in welchem er den anhaltenden Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf das Schärfste verurteilt. Er betont, dass der seither brutal geführte Krieg ein eklatanter Verstoß gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen sei. Daher fordert der Bundesrat die Russische Föderation auf, sich sofort aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine zurückzuziehen sowie den Angriff auf Zivilisten zu beenden. Ferner unterstützt der Bundesrat die Anstrengungen der Bundesregierung, ein internationales Tribunal einzusetzen, damit die Verantwortlichen der russischen Aggression zur Verantwortung gezogen werden könnten. Zudem würdigt der Bundesrat das Engagement der EU-Mitgliedstaaten, aus der Ukraine Geflüchtete aufzunehmen. Auch in Deutschland helfen Bund, Länder und Kommunen den geflüchteten Menschen. Deshalb begrüßt der Bundesrat, dass die Bundesregierung zu ihrer Mitverantwortung auch für die Finanzierung der flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Kommunen bekannt und Unterstützung zugesagt hat. Angesichts der unverändert hohen Zahl der Flüchtlinge, bedürfe es nun weiterer Unterstützung des Bundes für Länder und Kommunen. Dem Entschließungsantrag, der auf eine Initiative Nordrhein-Westfalens zurück geht, sind Hessen sowie Baden-Württemberg beigetreten.

>>> mehr dazu auf [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes (Regionalisierungsmittel für Deutschlandticket)

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bund die Länder von 2023 bis 2025 mit 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Finanzierung des sogenannten Deutschlandtickets unterstützt. Am 8. Dezember 2022 hatte die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten (MPK) beschlossen, das Deutschlandticket 2023 zu einem Einführungspreis in Höhe von 49 Euro anzubieten.

Der Bundesrat hat heute zu diesem Gesetzentwurf Stellung genommen. Grundsätzlich begrüßen die Länder den Entwurf, möchten aber u. a. sichergestellt sehen, dass der Bund sich auch in den Jahren 2024 und 2025 hälftig an allen finanziellen Nachteilen, die durch das Deutschlandticket entstehen, beteiligen kann.

Das Deutschlandticket berechtigt ab dem 1. Mai 2023 zur Benutzung des ÖPNV im gesamten Bundesgebiet. Es soll ausschließlich in einer digitalen Form und in einem monatlich kündbaren Abonnement verkauft werden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sprach Staatsminister Tarek Al-Wazir im Bundesrat.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages

Gesetz zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich

Der Bundesrat hat sich abschließend mit dem Gesetzesbeschluss zur Beschleunigung bedeutsamer Infrastrukturvorhaben befasst. Der Vermittlungsausschuss wurde nicht angerufen.

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist eine riesige Herausforderung beim Umbau und der Ertüchtigung im Infrastrukturbereich. Dies gilt für alle Bereiche, insbesondere aber den Verkehrs- und den Energiesektor. Bis in Deutschland Züge tatsächlich über neue Trassen rollen oder neue Energieleitungen Windstrom von Nord nach Süd transportieren, vergeht oft mehr als ein Jahrzehnt.

Das Gesetz hat nicht die Phase der Vorhabenplanung zum Gegenstand, sondern betrifft die gerichtliche Kontrolle der Planungsentscheidung. Ziel ist, verwaltungsgerichtliche Verfahren zeitlich zu straffen. Im Plenum sprach dazu der Hessische Justizminister Prof. Dr. Roman Poseck.

>>> [zum Video](#)

Die Hessische Landesvertretung - ein Treffpunkt in Berlin

3. März 2023



© Hessische Staatskanzlei | Noack

Ministerpräsident Boris Rhein und Ministerin Lucia Puttrich verabschieden Dienststellenleiterin Dr. Bernadette Droste in den Ruhestand

Die Leiterin der Hessischen Landesvertretung in Berlin, Dr. Bernadette Droste, tritt heute in den Ruhestand. Fast 20 Jahre verantwortete sie die Dienstgeschäfte der sogenannten hessischen Botschaft in der Bundeshauptstadt. Zur Verabschiedung würdigten Ministerpräsident Boris Rhein sowie Staatsministerin Lucia Puttrich die promovierte Juristin aus Düsseldorf für ihre Arbeit und "für einen starken Auftritt Hessens in der Berlin."

Dr. Bernadette Droste arbeitete nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Bonn an den Universitäten Berlin (FU, wo sie promovierte) und Bonn. Von 1990 bis 2004 war sie im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln tätig, u. a. als Leiterin des Stabsbereichs und Leiterin einer Unterabteilung. Unterbrochen wurde die Tätigkeit 1994/95 durch einen Aufenthalt am NATO-Defense-College in Rom und 1995/96 durch eine Verwendung als Büroleiterin des Staatssekretärs des Bundesministeriums des Innern. Droste ist Autorin von Büchern zur Authentischen Interpretation von Gesetzen, zur Organisierten Kriminalität und zum Recht des Verfassungsschutzes sowie zahlreichen Fachartikeln. Zuletzt erschien 2019 im Herder Verlag die Publikation "WERTE. Ein gemeinsames Fundament für Deutschland und Europa?"

Die kommissarische Leitung übernimmt Frau Dr. Katharina Brauer.

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 31. März 2023 erneut zusammentreten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 13. bis 17. März statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin